

Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Europa¹

– Tagung “Grenzen-Los! Freiwilliges Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz” –

Bürgerschaftliches Engagement hat sich in den vergangenen Jahren als Thema in der Öffentlichkeit etablieren können, und spätestens seit dem Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ aus dem Jahre 2002 wird auch in der politischen Arena der Bundesrepublik regelmäßig über Freiwilligenarbeit beraten.

Das starke politische Interesse führt nicht nur zu verstärkter Forschungsförderung, sondern auch zu der Erwartung praxisrelevanter Ergebnisse, die nicht per se mit dem wissenschaftlichen Interesse an Erkenntnis und Theoriegewinn harmonisiert. Es besteht die Gefahr, dass die Engagementforschung durch das zunehmende politische Interesse zu sehr an tagespolitischen Nöten und Interessen ausgerichtet wird. Dabei werden nicht selten die grundlegenden Fragen vernachlässigt. Gerade in einer Situation doppelter Erwartungshaltung (von politischer und wissenschaftlicher Seite) ist es aber wichtig, sich mit dem vorherrschenden Konzept bürgerschaftlichen Engagements kritisch auseinander zu setzen, sowie zentrale Termini und implizite (normative) Hypothesen auf den Prüfstand zu stellen.

In diesem Kontext ist zu beachten, dass sich die verstärkte Beobachtung bürgerschaftlichen Engagements als individuelle Bezugsebene eines anderen großen Themas interpretieren lässt, welches etwa zur gleichen Zeit auf die sozialwissenschaftliche Agenda gelangt ist und mit den Begriffen „Dritter Sektor“, „Nonprofit-Sektor“ und „Zivilgesellschaft“ umschrieben wird. So wie auf der Makroebene die „Zivilgesellschaft“ mit ihren vielen Facetten noch nicht in einem einheitlichen Konzept gefasst ist, so umkreisen die Begriffe *Bürgerschaftliches Engagement*, *Freiwilliges*

¹ Der vorliegende Beitrag basiert auf ersten Erkenntnissen der CSI-Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaftliches Engagement“, die aus Mitgliedern unterschiedlicher Forschungsprojekte mit Bezügen zur Engagementforschung besteht. Erstmals stellte Helmut K. Anheier sie anlässlich der Tagung “Grenzen-Los! Freiwilliges Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz” am 17.2.2009 in Konstanz vor.

Engagement, Neues bzw. Altes Ehrenamt oder Zivilgesellschaftliches Engagement einen ähnlichen Phänomenkomplex der Mikroebene, für den bislang keine allgemeingültige Definition gefunden wurde. Dies erscheint umso problematischer, als das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr primär als Beteiligung an hoheitlichen Funktionen oder als ihre Mitwirkung in sozialstaatlich integrierten Wohlfahrtsorganisationen verstanden wird, wie es lange Zeit postuliert und mit dem Terminus Ehrenamt beschrieben wurde. Stattdessen wurden gesellschaftliche Integrations Tendenzen, Selbstorganisation und Selbsthilfe als Themen in die Forschung aufgenommen.

Gesellschaftspolitisch werden große Hoffnungen mit der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements verbunden. So wird ziviles Engagement von Bürgerinnen und Bürgern als Problemlösungspotenzial moderner gesellschaftspolitischer Herausforderungen ausgemacht, welches zu verbesserter gesellschaftlicher Integration (verschiedener sozialer Klassen oder Milieus, Migrantinnen und Migranten, etc.), verbesserten sozialen Leistungen bei geringeren Kosten (öffentlicher Haushalte), Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt, Unterstützung des staatlichen Bildungssystems und vielem mehr führen soll.

Nicht zuletzt diese Erwartungshaltung führte in den vergangenen 10-20 Jahren zu vielfältigen Bemühungen empirischer Art. Als Folge stehen immer mehr Daten zur Verfügung. Die terminologischen Unsicherheiten schlagen jedoch häufig in die Empirie durch, welche in Vergleichbarkeitsproblemen resultieren. Problematisch ist dabei die Tendenz vieler Untersuchungen, nicht genau zu klären, was es mit „Engagement“ auf sich hat. Stattdessen wird die Interpretation dessen, was unter Engagement verstanden wird, den Befragten oftmals selbst überlassen. Es ist dann nicht geklärt, ob Engagement als Ehrenamt, als aktive bzw. passive Mitgliedschaft in Vereinen oder sonstigen Organisationen, oder als soziales/ zivilgesellschaftliches/ bürgerschaftliches/ freiwilliges Engagement verstanden wird. Nicht selten werden in den Erhebungsinstrumenten sogar verschiedene Begriffe synonym verwendet.

Es bestehen damit erhebliche methodische Herausforderungen bei der Erfassung von Engagement. Denn je nach dem zugrunde liegenden Grundkonzept von Fragestellung und Fragenformulierung in den Erhebungsinstrumenten entsprechender Surveys, fallen die Erkenntnisse über die Lage des Engagements in Deutschland sehr unterschiedlich aus. Gesicherte und breit akzeptierte Aussagen über das Engagement in Deutschland und wohl auch in anderen Ländern bilden somit eher die Ausnahme denn die Regel. Demzufolge sind pauschale Antworten auf Fragen wie „Wie hoch ist das Engagement (in Deutschland, einem anderen Land oder in Europa)?“ oder „Ist das Engagement in Deutschland oder Frankreich mehr oder weniger geworden?“ nur mit erheblichen Vorbehalten möglich.

Die für Deutschland bedeutsame empirische Erforschung von Engagement kann holzschnittartig in drei Phasen gegliedert werden:

- (1) Bis 1996 – d.h. bis zur Umsetzung der Eurovol-Studie – war „Engagement“ ein empirisch kaum wahrgenommenes Residualphänomen am Rande großer Datensysteme. Zu engagementrelevanten Beobachtungsinstrumenten, welche seit dieser Frühphase in die Gegenwart überdauern, können der European/World Values Survey (EVS), ALLBUS sowie das Sozioökonomische Panel (SOEP) gezählt werden.
- (2) Die Initialzündung zur nächsten Stufe empirischer Arbeiten zur Engagementthematik fand durch die Eurovol-Studie 1996 statt, welche – wohl auch von der politischen Renaissance des Engagementthemas beflügelt – zum ersten Mal die explizite Erfassung von Rolle und Verbreitung des „Volunteering“ in 10 europäischen Ländern zum Ziel hatte. Deutschland lag damals mit einer Freiwilligenquote von 18% unter dem europäischen Durchschnitt von 27%. Die Datenverfügbarkeit stieg zudem durch Zeitstudien (Multinational Time-Use-Study 1998-2004, D-STAT Zeitbudget-Erhebung 2001/02), wie auch durch die mitlaufenden, generalistischen Systeme der vorangehenden Phase an. Auch fällt die Einführung des vom Bundesfamilienministerium initiierten Freiwilligen surveys (FWS) in diese Aufschwungperiode. Für den Zeitraum dieser zweiten Phase berichtet das Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project für Deutschland ein Ausmaß an Freiwilligkeit in Höhe von ca. 10% (1996), während die erste Welle des FWS (1999) 34% Engagierte sowie 32% Aktive misst.
- (3) Die Wiederauflage des FWS 2004 kann als Beginn einer dritten Phase der empirischen Engagementforschung in Deutschland betrachtet werden, welche nun die Konturen einer Dauerbeobachtung von Engagement annimmt. Neueste Zahlen werden durch den Engagementatlas 2009 vorgelegt, wonach 34,4% der Befragten in Deutschland freiwillig engagiert sind. Neuere international angelegte Untersuchungen weisen teilweise sagenhafte 52% aus (Eurobarometer 2008).

Valide Datensysteme, die auf reliable Art und Weise ähnlich Phänomene messen, lassen gleiche oder zumindest ähnliche Ergebnisse erwarten. Das empirische Datenmaterial zum Engagement in Deutschland zeigt allerdings für Längsschnitt- wie auch Querschnittanalysen nicht nur tendenzielle Übereinstimmungen, sondern teilweise starke Unterschiede. Diese deuten unter anderem auf sehr unterschiedliche, historisch gewachsene Grundverständnisse von Engagement hin, welche sich in verschiedenen, implizit angewandten Begriffsarchitekturen niederschlagen und daher

unterschiedliche Datenartefakte als Ergebnisse produzieren. Eine Inventur empirisch fundierter Aussagen zur Engagementsituation in Deutschland illustriert diesen Tatbestand: So gilt es landläufig als gesichertes Erkenntnis, dass die Engagementneigung bei Personen mittleren Alter wie auch höherem Bildungsstand steigt. Ähnlich zu den Nachbarn in Österreich und der Schweiz, wird auch in der Bundesrepublik davon ausgegangen, dass formelle Engagementformen bei Männern vorherrschend sind, informelle Tätigkeiten dagegen bei Frauen überwiegen. Arbeitslose und Rentner weisen ein geringeres Engagement als bei im Erwerbsleben bzw. in Ausbildung stehenden Personen auf. Gliedert man nach Engagementbereichen, zeigen sich die höchsten Quoten im Sport- und Vereinswesen (11% FWS 2004, 12,35% Engagementatlas), gefolgt von Bereichen wie Kinder, Jugend, Kirche und Freizeit mit zwischen 5,5 bis 7% im FWS bzw. 5 bis 9% im Engagementatlas.

Tendenziell ungesichert hingegen erscheinen Aussagen über auf das konkrete Ausmaß des Engagements in Deutschland. Dabei markieren die Ergebnisse des FWS offenkundig das valideste Spiegelbild der gegenwärtigen Situation: Die Quote von 36% freiwillig Engagierten deckt sich nicht nur mit den 32% des ALLBUS 2004, sondern auch mit den 34% des Engagementatlas von 2009. Zieht man allerdings für europäische Vergleiche internationale Surveys hinzu, erscheinen die Ergebnisse nicht mehr so eindeutig, wie dies im Vergleich mit der deutschen Erhebungen der Fall ist. Der European Social Survey (ESS) berichtet lediglich von 15% Engagement, der EVS 2004 hingegen von 18,3% Aktive (d.h. Mitgliedschaft und Verrichtung unbezahlter Arbeit für mindestens eine Freiwilligenorganisation), sowie zusätzlich 28,3% passive Mitglieder (d.h. nur Mitgliedschaft ohne Verrichtung unbezahlter Arbeit in mindestens einer Freiwilligenorganisation). Am anderen Ende der Erhebungsskala befinden sich bspw. die vom Eurobarometer berichteten 52% Engagementanteile.

Der Vergleich national orientierter Datensystemen im Zeitverlauf ergibt ebenfalls ein unklares Bild. Betrachtet man SOEP, ALLBUS und FWS (welche wegen gleicher Codierung der Engagementvariable Vergleichsmöglichkeiten bieten) in einer von 1985 bis 2004 reichenden Zeitreihe, zeigt sich ein zunächst leicht steigender Trend. Waren es 22% der Befragten, die 1985 im SOEP angaben, sich mindestens einmal im Jahr freiwillig zu engagieren, stieg diese Zahl im ALLBUS 2004 auf 32%. Die beiden generalistisch angelegten Sozialdatensysteme SOEP und ALLBUS zeigen dabei durchweg eine ähnlich Intensitätsstruktur der Engagierten auf: Die Gruppe derjenigen, welche seltener als einmal im Monat aktiv sind, stellt die größte Gruppe dar, gefolgt von wöchentlich Engagierten; der Zusammenhang verläuft demnach in U-Form. Im FWS hingegen fällt nicht nur das Gesamtausmaß an Engagement in beiden Wellen leicht höher aus, sondern auch das Muster in der Intensitätsverteilung unterscheidet sich: Die größte Engagiertengruppe ist hier gleichzeitig diejenige mit der höchsten Engagementintensität, d.h. wöchentlich freiwillig aktiv. Die prozentualen Anteile in der Engagiertengruppe fallen linear mit geringerer Intensität. Dies bedeutet, dass sich trotz der zunächst oberflächlichen Übereinstimmung in nationalen Er-

hebungen bei der näheren Betrachtung tieferer Strukturen deutliche Unterschiede zeigen, die der genauen Aufklärung und Aufarbeitung bedürfen.

Diese deutliche Diskrepanz in den Befunden zwischen nationalen und internationalen Erhebungen lässt zwei Schlüsse zu: Erstens, dass die Festlegung auf eine abschließende Darstellung des Engagementausmaßes in Deutschland vorerst offen bleiben muss. Zweitens, dass ein valides Instrument zur international vergleichenden Erfassung von Engagement als Desiderat der weiteren Forschungstätigkeit beschrieben werden muss.

Dieser Befund sollte keineswegs enttäuschen: Engagement stellt ein hochkomplexes Phänomen dar, dessen Beschreibung – gerade im Kontext zunehmender Europäisierung – die Sozialwissenschaft vor Herausforderungen stellt. Analog zum noch wesentlich vielschichtigeren Konstrukt der Zivilgesellschaft ist die empirische Engagementforschung gerade erst den Kinderschuhen entwachsen. An diesem Punkt bereits einen Optimalzustand zu erwarten wäre verfrüht.

Selbst wenn die empirische Forschung bereits weit fortgeschritten wäre: Mit der Beschreibung von Engagement allein kann sich die Engagementforschung nicht begnügen; eine nächste Etappe sollte hin zu erklärenden Modelle führen, die den Weg einer empirische Überprüfung theoretischer Hypothesen durch Metaanalyse von Engagement als abhängige und als unabhängige Variable über vorhandenes Datenmaterial hinweg beschreitet. Weitere Schritte zu dieser nächsten Phase bestünden ebenso in der Durchführung von Validitätstests bestehender Systeme, als auch im Versuch, Inhalte und Messmethoden der spezialisierten Erhebungen den generalisierten Beobachtungsinstrumenten anzunähern. Das synergetische Nutzen der Vorteile beider Messansätze – hohe Repräsentativität bei hohem N (generalisierte Instrumente), differenzierte und fortgeschrittene Erfassung qualitativer und quantitativer Merkmale von Engagement (spezialisierte Instrumente) – sollte in integrierten Erhebungssystemen zusammenwirken. Solch integrierende Erhebungsmethoden könnten nicht nur Typenbildung („Wer leistet warum wie viel Engagement?“) und Theorie stimulieren, sondern nationale wie internationale Politikakteure zu weiteren Engagementfördermaßnahmen motivieren.

Vorrangiges Gebot der Forschung zum momentanen Zeitpunkt müsste also das Ziel sein, auf eine Datengrundlage hinzuarbeiten, welche systematische Tests für ein besseres Erklären und Verstehen von Engagement ermöglicht. Solche Fortschritte böten Vorteile nicht nur für politische Entscheidungsträger, indem sie abgesicherte Informationen über Bedürfnisse, Motivationslagen und das Ausmaß bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland und im Kontext europäischer Nachbarn erhalten. Auch die Wissenschaft profitiert von klaren Begriffen und anspruchsvollen Theorien zum bürgerschaftlichen Engagement. Auf Basis solcher grundlegender Antworten könnten weitere Fragen gestellt werden, die auf der Forschungsagenda bislang nicht

auftauchen. In diesem Zusammenhang könnte etwa überprüft werden, ob Engagement eine lineare Nutzenfunktion für die Gesellschaft besitzt („Viel hilft viel“), wie viel Engagement eine demokratische Gesellschaft benötigt, für welche Zwecke und von wem. Es scheint sodann auch geboten, alternative Modelle zu denken: Könnte ein weniger auch mehr sein? Wäre eine „pareto-optimale“ gesellschaftliche Nutzenfunktion von Engagement möglich? Und könnte diese sich in den jeweiligen Gesellschaften Europas anders gestalten?

Das **Centrum für Soziale Investition und Innovation** (CSI) wurde am 1. Juli 2006 als zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg gegründet. Die zentralen Forschungsthemen des Instituts sind soziale Investitionen, Stiftungswesen, Zivilgesellschaft und Sozialwirtschaft. Über nationale, internationale und komparative Forschungsprojekte unter besonderer Betonung der europäischen Ebene will das CSI zum grundlegenden theoretischen Verständnis, zum anwendungsbezogenen Wissen im Sektor und zu politischen und strategischen Debatten beitragen.

Kontakt: csi@csi.uni-heidelberg.de